

08.04.2014

Stellungnahme zur städtischen Beteiligung an Stadtwerken

Mit einer Beteiligung der Stadt an Stadtwerken wird das Ziel verfolgt, Mittel für den Erhalt der defizitären Bäder und darüber hinaus für den städtischen Haushalt zu generieren. Solch ein Schritt muss grundsätzlich mit großer Vorsicht behandelt werden, insbesondere wenn dafür Kredite aufgenommen werden müssen, deren Kapitaldienst aus den Erträgen der Beteiligung bedient werden sollen. Es muss verhindert werden, dass möglicherweise Steuergelder für das Geschäft in Anspruch genommen werden müssen.

Die FDP hat sich in den vergangenen 3 Jahren intensiv mit den verschiedenen Alternativen einer Beteiligung an Stadtwerken befasst. Sie hat intern frühzeitig eine Neugründung von Stadtwerken und die damit verbundene Netzübernahme verworfen, weil damit erhöhte Risiken verbunden sind. Die städtischen Berater haben 2012 sehr optimistische Erwartungen für hohe Erträge zugunsten des städtischen Haushalts in den Raum gestellt. Die FDP hat diese Erwartungen damals kritisch hinterfragt und niedrigere Ansätze als realistisch angesehen. Sie wurden inzwischen bestätigt. Der von der FDP aufgedeckte Fehler „Brutto statt Netto“ war ein Nebenprodukt der abschließenden intensiven Überprüfung der Wirtschaftlichkeit einer BELKAW-Beteiligung, die das Ziel hatte, die Ergebnisse solide bewerten zu können.

Die Berater haben uns jetzt Verträge und Ertragsperspektiven vorgelegt, die nachvollziehbar sind. Risiken wurden benannt und in den Verträgen durch Abschläge auf den Kaufpreis und durch spezielle vertragliche Regelungen berücksichtigt. Die Verwaltung hat eine Finanzplanung über einen Zeitraum von 20 Jahren vorgelegt, der ebenfalls nachvollzogen werden kann. Ergänzende Auswertungen der Berechnungen zeigen, dass auch bei mittelfristig geminderten Erträgen die Bedienung des Kapitaldienstes nicht gefährdet ist. Nicht auszuschließen ist allerdings, dass Beiträge für den Haushalt und ggf. für den Verlustausgleich der Bädergesellschaft nur eingeschränkt zur Verfügung stehen, wenn langfristig die Erträge deutlich sinken.

Abschließend wird die zur Abstimmung stehende Beteiligung an der BELKAW von den Ratsmitgliedern der FDP unterschiedlich beurteilt.

Einige Ratsmitglieder der FDP sind der Meinung, eine Verwaltung sei nicht in der Lage, solche Geschäfte zu beurteilen und zu steuern. Eine Stadt sollte keine Risiko behafteten Geschäfte mit der Privatwirtschaft tätigen. Weiterhin sei die gesamte Energiewirtschaft durch die Maßnahmen der Energiewende

derart unkalkulierbar geworden, dass es fahrlässig sei, sich auf diesem Gebiet zu betätigen und Kredite für unsichere Erträge aufzunehmen. Es sei nicht absehbar, wie sich der Energiesektor in 20 Jahren entwickeln würde, Erfahrungen aus der Vergangenheit seien nicht in die Zukunft übertragbar. Ein Rückgang der Erträge auf das Niveau der Mindestrendite sei schon in wenigen Jahren zu erwarten.

Andere FDP-Ratsmitglieder haben diese Bedenken nicht und sehen eine große Chance, die Bäderverluste auszugleichen und den Bäderbetrieb langfristig zu stabilisieren, für Bürger, Schulen und Sportvereine. Zusätzliche Erträge für den städtischen Haushalt können erwartet werden. Eine Beteiligung an der BELKAW sehen sie vorrangig als Finanzbeteiligung an; Verwaltung und Rat müssten keine besonders hohen Wirtschaftskenntnisse aufweisen, um unter der Führung der BELKAW stabile Erträge zu erzielen. Die Verteilung von Strom, Gas und Wasser sei auch langfristig als ein ausreichend sicheres Geschäft einzuschätzen. Die rückläufigen Ergebnisse der EVU, die der Energiewende zugerechnet werden müssen, seien auf Netzbetreiber und Verkäufer von Strom nicht übertragbar. Die Ergebnisse der BELKAW seien in wesentlichen Teilen dem Wassergeschäft sowie dem Transport und Vertrieb von Erdgas zuzuschreiben, die von der Energiewende nicht betroffen seien.

Ein Anliegen eint alle FDP-Ratsmitglieder: Bei einem Beschluss, sich an der BELKAW zu beteiligen, muss das Zinsrisiko des Kredits für den Kaufpreis durch einen 20-jährigen Festzins minimiert werden. Die Verwaltung hat auf Antrag der FDP Berechnungen mit einem Festzins von 3,29% (Bädergesellschaft) und 2,89% (Stadt) über 20 Jahre vorgestellt, deren Ergebnisse ausweisen, dass damit tragfähige Ergebnisse auch bei ungünstiger Entwicklung der BELKAW-Erträge erzielt werden können.

Eine Risikobewertung ergibt aus Sicht der FDP folgendes Bild:

(1) Geht man davon aus, dass die BELKAW-Erträge aus beliebigen Gründen auf 12-13 Mio € zurück gehen, also 2/3 der Planerträge von 19,5 Mio €, so erhält man als Ergebnis:

- Der Schuldendienst kann so bedient werden, dass nach 20 Jahren der Restwert des Kredits 32 Mio € beträgt, also 40% des Anfangswertes.
- Bäderverluste von 1,6 Mio € jährlich können ausgeglichen werden.
- Haushaltserträge sind auf ca. 0,3 Mio € pro Jahr begrenzt und ergeben sich aus der Differenz zwischen Bäderzinsen und Kreditzinsen der Stadt.

(2) Wenn die BELKAW-Erträge in 10 Jahren bis auf die Garantiedividende von 4,4 Mio € zurückgehen, so ergibt sich als Extremszenario:

- Der Kapitaleinsatz für den Kredit, der dann einen Restwert von ca. 60 Mio € hat, kann mit einer Tilgungsrate von ca. 2% weiter erbracht werden.
- Beiträge für den Ausgleich von Bäderverlusten können nicht mehr geleistet werden.
- Die Differenz zwischen Bäderzinsen und Kreditzinsen der Stadt ergibt einen Haushaltsbeitrag von ca. 0,25 Mio € jährlich.